

Demokratie Monitor 2022

Fokusbericht

Martina Zandonella

Wien, Dezember 2022

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung	3
Executive Summary	4
Einleitung	6
1 Datengrundlage und Methode	7
2 Rückblick	9
3 Vertrauen in das politische System	11
3.1 Aktuelles Ausmaß und Zeitverlauf	11
3.2 Ursachen für das gesunkene Vertrauen	15
4 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?	22
5 Fazit	28
Literatur	29
Tabellenverzeichnis	32
Abbildungsverzeichnis	33
Anhang	34

Daten zur Untersuchung

Thema:	Demokratie Monitor 2022
Autorin:	Martina Zandonella
Grundgesamtheit:	In Österreich lebende Menschen ab dem 16. Lebensjahr
Art der Befragung:	1/2 Telefon (CATI)- & 1/2 Online (CAWI)-Interviews
Stichprobenumfang:	n= 2.164 Befragte
Stichprobenziehung:	CATI ¹ : Zufallsauswahl aus dem öffentlichen Telefonbuch & per RLD-Verfahren ² generierter Telefonnummern CAWI ³ : Zufallsauswahl aus dem offline rekrutierten Access-Panel
Befragungszeitraum:	07. September bis 21. Oktober 2022
Gewichtung:	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Urbanisierungsgrad
Feldarbeit:	Jaksch & Partner GmbH, Linz

Der Demokratie Monitor wird mit Unterstützung folgender Institutionen finanziert:

Deloitte
GW Cosmetics
Merkur Taxaid
Neos Lab
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Österreichisches Parlament
Österreichischer Rundfunk
Österreichischer Städtebund
Pädagogische Hochschule Wien & Arbeiterkammer Wien
RD Foundation
Renner Institut
Trainconsulting
Zukunftsfonds der Republik Österreich

¹ Computer Assisted Telephone Interviews

² Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

³ Computer Assisted Web Interviews

Executive Summary

Zum fünften Mal berichtet der Demokratie Monitor, wie es aus Sicht der Bevölkerung um die Demokratie in Österreich bestellt ist. Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.164 Menschen fand zwischen 7. September und 21. Oktober 2022 mittels Telefon- und Online-Interviews statt.

Zufriedenheit mit dem politischen System weiter im Sinkflug

Im Jahresvergleich ist die Zufriedenheit mit dem politischen System erneut gesunken: Derzeit denken nur mehr 34% der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das ist der tiefste Wert seit Erhebungsbeginn 2018 – vor fünf Jahren lag die Zufriedenheit um 30 Prozentpunkte höher (64%).

Die Vertrauenskrise ist eine Krise der Repräsentation

Auch mit dem Institutionenvertrauen ging es im Jahresvergleich weiter bergab: Der Bundesregierung vertrauen derzeit 33%, dem Parlament 38% und dem Bundespräsidenten 53%. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in Justiz, Polizei und Behörden über die fünf Erhebungsjahre hinweg konstant geblieben. Der Vertrauensverlust trifft also in erster Linie die demokratisch gewählten Vertretungsorgane – das politische System ist mit einer Krise der Repräsentation konfrontiert. Diese umfasst auch die Parteien: 2018 fanden 13% der Menschen keine Partei, die ihre politischen Anliegen vertritt, inzwischen sind es 38%.

Systemvertrauen in den mittleren & oberen Etagen der Gesellschaft eingebrochen

Die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Institutionenvertrauen sind in allen Bevölkerungsgruppen gesunken. Entlang der ökonomischen Lage sticht jedoch eine spezifische Entwicklung hervor: Im unteren Einkommensdrittel fällt die Zufriedenheit über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und schwankt auch weniger. Im Gegensatz dazu hat sich im mittleren Drittel die Zufriedenheit innerhalb der letzten fünf Jahre halbiert: Waren 2018 66% davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert, sind es derzeit nur mehr 34%. Auch im oberen Drittel ist das Ausmaß der Zufriedenheit von 85% im Jahr 2018 auf derzeit nur mehr 45% gefallen. Der massive Rückgang des Systemvertrauens ist also vor allem durch dessen Einbruch in der Mitte und den oberen Etagen der Gesellschaft bedingt.

Für das untere Drittel hält die Demokratie zentrale Versprechen nicht

Über die Erhebungsjahre hinweg berichtet das untere Einkommensdrittel von Erfahrungen im politischen System, die mit den demokratischen Versprechen der Gleichheit und Mitbestimmung kollidieren. Das Systemvertrauen in dieser Gruppe fällt v.a. deshalb so gering aus, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen kontinuierlich erlebt, von der Politik als Menschen zweiter Klasse

behandelt zu werden (73%), im Parlament nicht vertreten zu sein (68%) und mit politischer Beteiligung keinen Unterschied machen zu können (60%).

Die Mitte stellt sich die Frage, ob das politische System noch ein Gemeingut oder eher ein Selbstbedienungsladen ist

Auch in der Mitte der Gesellschaft sind politische Gleichheit und Mitbestimmung Thema. Im Gegensatz zum unteren Drittel geht es jedoch nicht um das Erleben von Abwertung und Ausschluss. Im Vordergrund steht vielmehr der zunehmende Eindruck, dass privilegierte Gruppen das politische System für ihre Eigeninteressen nutzen. Im mittleren Drittel sinkt das Systemvertrauen also u.a. deshalb, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen davon ausgeht, dass „sich die gut Situierten untereinander ausmachen, was im Land passieren soll“ (78%).

Das obere Drittel hadert stärker als die anderen mit dem Staat und der Freiheit

In der Auseinandersetzung mit dem politischen System taucht im oberen Drittel ein weiteres zentrales demokratisches Prinzip auf: die Freiheit bzw. Selbstbestimmung. Staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung sind für das untere Einkommensdrittel alltäglich, in der Mitte und im oberen Drittel wurden sie im Zuge der Pandemie spürbar. Bei den Menschen im oberen Drittel hat dies Auswirkungen: Ihr Systemvertrauen sinkt u.a. deshalb, weil sie sich vom Staat stärker bevormundet fühlen (49%).

Alle im selben Boot? Auch die ökonomischen Folgen der Krisen schwächen das Vertrauen in das politische System

Wird die ökonomische Sicherheit der Menschen erschüttert oder verschärft sich eine bereits bestehende prekäre Situation, geht dies am Systemvertrauen nicht spurlos vorüber: Hat sich die finanzielle Lage seit Beginn der Pandemie verschlechtert, fällt auch das Vertrauen in das politische System geringer aus. Dies gilt unabhängig von der finanziellen Ausgangssituation, jedoch sind das untere und mittlere Einkommensdrittel wesentlich häufiger von einer solchen Verschlechterung betroffen als das obere Drittel.

Im Gegensatz dazu sind die Auswirkungen der Inflation auf das Systemvertrauen mit der finanziellen Ausgangssituation verknüpft: Im unteren Einkommensdrittel schwächt der Umstand, dass sich die Mehrzahl der Menschen aufgrund der Preissteigerungen bereits jetzt stark einschränken muss, das Vertrauen in das politische System. In der Mitte steht die unsichere Zukunft im Vordergrund: Die Erwartung, sich in den kommenden Monaten stark einschränken zu müssen, schwächt das Systemvertrauen. Im oberen Drittel gibt es derzeit keinen Zusammenhang zwischen den ökonomischen Folgen der Inflation und dem Vertrauen in das politische System.

Einleitung

Die Demokratie steht weltweit unter Druck: In den vergangenen zehn Jahren wurden die Fortschritte von 35 Jahren zunichte gemacht und das globale Niveau der Demokratie ist auf den Stand von 1986 zurückgefallen. Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten gibt es aktuell auch wieder mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien. Von diesen Entwicklungen besonders stark betroffen sind der asiatisch-pazifischen Raum, Zentralasien, die Karibik, Lateinamerika und Osteuropa (V-Dem Institute 2023). Jedoch auch etablierte Demokratien sind damit konfrontiert, dass autokratische Politiker:innen Wahlen gewinnen, ihre Macht auf Kosten der Parlamente sowie einer unabhängigen Justiz ausbauen (u.a. Levitsky & Ziblatt 2018, Merkel & Kneip 2018) und Grund- bzw. Freiheitsrechte einschränken (u.a. Keane 2020, Seongcheol 2020). In Österreich hat wiederum mangelnde Transparenz und der daraus entstehende Nährboden für Korruption dazu geführt, dass unser politisches System von einer liberalen zu einer elektoralen Demokratie herabgestuft wurde (V-Dem Institute 2023).

Bei derartigem Gegenwind hängt die Widerstandskraft einer Demokratie von mehreren Faktoren ab: (1) Dem Zusammenspiel von Legislative, Exekutive und Judikative – also jenen Institutionen, die die demokratische Qualität grundlegend verantworten und deren Möglichkeiten bzw. Grenzen – gerade für den Krisenfall – in der Verfassung geregelt sind. (2) Den politischen Parteien in ihrer Rolle als Gatekeeper, denn sie entscheiden, ob innerhalb ihrer Reihen autoritäre Politiker:innen an wählbare Stelle gelangen. (3) Auf Seiten der Bürger:innen gewährleisteten wiederum demokratische Haltungen und eine darauf aufbauende aktive Zivilgesellschaft die Widerstandskraft der Demokratie. (4) Für alle Beteiligten ist es schließlich leichter, den demokratischen Spielregeln entsprechend zu handeln, wenn grundlegende Ziele geteilt werden (Merkel & Lührmann 2021, S. 872).

Der Demokratie Monitor schließt an den dritten Punkt an: Seit 2018 untersucht er einmal pro Jahr den Zustand unserer Demokratie aus Sicht der Bürger:innen und beobachtet relevanten Entwicklungen über die Zeit. Datengrundlage ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsbefragung. Der hier für das Jahr 2022 vorliegende Fokusbericht blickt auf fünf Jahre Demokratie Monitor zurück, wobei die zentralen Ergebnisse der aktuellen Befragung im Fokus stehen.

1 Datengrundlage und Methode

Grundlage des Demokratie Monitors ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsbefragung von Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Für den Demokratie Monitor 2022 wurden zwischen dem 7. September und dem 21. Oktober 2022 insgesamt 2.164 Menschen interviewt. Die Befragung fand sowohl telefonisch als auch online statt, wobei die Hälfte der Befragten telefonisch (CATI – Computer Assisted Telephone Interview) und die zweite Hälfte online (CAWI – Computer Assisted Web Interview) teilnahm. Die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug 17 Minuten.

Der für den ersten Demokratie Monitor entwickelte und in den folgenden Jahren adaptierte Fragebogen wurde dieses Jahr erneut an aktuelle Gegebenheiten angepasst. In seinen zentralen Abschnitten wurde er jedoch nicht verändert, um weiterhin standardisiert Veränderungen über die Zeit beobachten zu können. Der Fragebogen 2022 beinhaltet folgende Kernthemen:

- Einstellungen zur Demokratie im Vergleich zu anderen politischen Systemen
- Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich und Vertrauen in Institutionen
- Demokratiepologisch relevante Einstellungen im aktuellen Kontext
- Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
- soziodemografische Merkmale

Die Grundgesamtheit des Demokratie Monitors 2022 umfasst Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Ziehung der CATI-Stichprobe erfolgte per Zufall aus dem öffentlichen Telefonbuch und mittels RLD⁴-Verfahren generierter Telefonnummern. Die Ziehung der CAWI-Stichprobe erfolgte per Zufall aus dem – zur Gewährleistung der Repräsentativität offline rekrutierten (Baur & Florian 2009) – Access-Panel.

Nach Abschluss der Erhebung wurde der Rohdatensatz einer Qualitätskontrolle unterzogen: Mittels Konsistenz- und Plausibilitätstests wurde überprüft, ob die Antworten der Befragten in sich stimmig sind und ob Antwortmuster auftreten, die eine ernsthafte Fragebeantwortung ausschließen. Die Analyse der fehlenden Werte identifizierte wiederum Fragen mit einem hohen Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ (Item-Nonresponse) sowie Befragte mit auffallend vielen nicht beantworteten Fragen (Unit-Nonresponse).

⁴ Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen (Schräpler 2000) wurde innerhalb des eng gesteckten Rahmens guter wissenschaftlicher Praxis (Ganzeboom 2020) mittels Gewichtung ausgeglichen. Dabei werden relevante Merkmale der Stichprobe an die Verteilung der Grundgesamtheit angepasst, im vorliegenden Fall: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus und Urbanisierungsgrad.

Ein abschließender Hinweis: Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Gruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Diese geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Wert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=2.000$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,1\%$ herangezogen werden. Sämtliche im Folgenden dargestellten Unterschiede zwischen Gruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

Tabelle 1: Eckdaten der fünf Befragungen des Demokratie Monitor

	2018	2019	2020	2021	2022
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Menschen ab dem 16. Lebensjahr				
Art der Befragung	Telefon- & Online-Interviews (CATI ⁵ & CAWI ⁶)				
Stichprobenziehung	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & mittels RLD ⁷ -Verfahren generierter Telefonnummern; CAWI: Zufallsauswahl aus dem offline rekrutierten Access-Panel				
Stichprobe	2.158	2.185	2.188	2.003	2.164
Dauer der Interviews	Ø 18 Min	Ø 17,5 Min	Ø 16,5 Min	Ø 17 Min	Ø 17 Min
Befragungszeitraum	16.08. bis 02.10.	12.08. bis 30.09.	17.08. bis 10.10.	13.08. bis 06.10.	07.09. bis 21.10.
Feldarbeit	Jaksch & Partner GmbH Linz				

⁵ Computer Assisted Telephone Interviews

⁶ Computer Assisted Web Interviews

⁷ Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

2 Rückblick

In den ersten fünf Jahren seines Bestehens hat der Demokratie Monitor turbulente Zeiten begleitet: 2019 prägte die Ibiza-Affäre und die darauf folgende Regierungskrise das Land; 2020 folgte die Corona-Pandemie, deren Auswirkungen individuelle, politische und gesellschaftliche Selbstverständnisse erschüttert haben; 2021 hat zusätzlich zur Pandemie die Inseraten-Affäre einen vorläufigen Höhepunkt erreicht; 2022 kam der Krieg zurück nach Europa und die Inflation hat ihren höchsten Wert seit den 1950er Jahren erreicht. An der Demokratie ist all das nicht spurlos vorüber gegangen:

Rückblickend hat der erste Demokratie Monitor im vergleichsweise ereignislosen Jahr 2018 Richtwerte geliefert, anhand derer nun Veränderungen nachvollzogen werden können. Festgehalten wurde, dass die Demokratie als grundlegendes System in den Köpfen der Menschen gut verankert ist. Auch das Vertrauen in die aktuelle Ausgestaltung von Demokratie war weit verbreitet: Für zwei Drittel funktionierte das politische System in Österreich gut.

Der Demokratie Monitor 2018 verwies jedoch auch auf zwei Warnsignale: Erstens äußerte ein Drittel der Menschen illiberale Demokratievorstellungen – Einschränkungen der Oppositionsrechte sowie der Unabhängigkeit von Justiz oder Medien sind für diesen Teil der Bevölkerung denkbar. Zweitens ging ökonomische Unsicherheit mit einem geringeren Systemvertrauen und einer geringeren politischen Beteiligung einher – Anzeichen für eine Zweidrittel-Demokratie (Petring & Merkel 2011), in der das untere Drittel langsam aus dem politischen Prozess ausscheidet, gab es 2018 also auch in Österreich.

Im Jahr 2019 stellten Ibiza und die daran anschließende Regierungskrise das Systemvertrauen auf die Probe. Der Demokratie Monitor hat gezeigt: Die grundlegende Haltung der Menschen hat sich nicht geändert – nach wie vor waren beinahe 90% von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt. In Mitleidenschaft gezogen wurde jedoch das Vertrauen in die aktuelle Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Gleichzeitig ist das Vertrauen in den Bundespräsidenten, dem bei Regierungskrisen eine bedeutende Rolle zukommt, gestiegen – der Vertrauensverlust infolge der Ibiza-Affäre konnte damit weitgehend innerhalb des demokratischen Systems aufgefangen werden.

Mit dem Jahr 2020 kam die Pandemie und Lebensrealitäten haben sich in einem zuvor kaum vorstellbaren Maße verändert. Im Demokratie Monitor berichtete jeweils ein Drittel der Menschen, dass sich ihre finanzielle Lage und ihre psychische Gesundheit infolge der Pandemie verschlechtert haben. Von den finanziellen und psychischen Folgen der Pandemie war das untere Einkommensdrittel besonders stark betroffen – bereits bestehende

Ungleichheiten wurden also nicht nur fortgesetzt, sondern weiter verstärkt. Auch an den Haltungen zur Demokratie hinterließ die Pandemie ihre Spuren: Im unteren Drittel und in der Mitte der Gesellschaft war die Überzeugung von der Demokratie als bester Staatsform im ersten Jahr der Pandemie weniger stark ausgeprägt als in den Jahren zuvor. Dabei ist die Zustimmung nicht in Ablehnung umgeschlagen, sie hat sich jedoch von „sehr“ auf „ziemlich“ verschoben. Im Gegensatz dazu hat sich das nach der Ibiza-Affäre eingebrochene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des politischen Systems 2020 wieder erholt. Zugenommen hat auch das Bewusstsein für demokratische Institutionen und Prozesse: Mehr Menschen als in den Jahren zuvor vertrauten dem Parlament und forderten einen Ausbau der Oppositionsrechte.

Auch 2021 hatte die Pandemie das Land noch fest im Griff. Hinzu kam die Inzeraten-Affäre, die im Herbst ihren ersten Höhepunkt erreichte. Im Demokratie Monitor wurde offensichtlich, dass Korruption dabei nicht nur mit einzelnen Personen oder Parteien verbunden wird – den Schaden derartiger Entgleisungen politischer Eliten trägt das gesamte politische System. Dementsprechend ist das Vertrauen in demokratische Institutionen, Akteur:innen und Prozesse auch deutlich gesunken: Nur mehr 41% der Menschen waren 2021 davon überzeugt, dass das politische System in Österreich gut funktioniert.

Gesunken ist das Vertrauen dabei in allen Bevölkerungsgruppen, der Vertrauensverlust fiel im oberen und mittleren Drittel der Gesellschaft jedoch stärker aus als im unteren Drittel. Das Ausmaß an autoritären Einstellungen hat im Jahresvergleich nicht zugenommen. Verfestigt hat sich autoritäres Gedankengut entlang der Diskussionen um die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie jedoch innerhalb jener knapp 10% der Bevölkerung, die sich eindeutig für einen „starken Führer“ aussprechen: 2018 bis 2020 konnte noch rund die Hälfte von ihnen auch der Demokratie etwas abgewinnen, 2021 galt dies für nur mehr jede:n Vierte:n. Im Allgemeinen ging das gesunkene Vertrauen in das politische System aber mit der Forderung nach einer Stärkung der Demokratie einher: mehr Transparenz und eine neue politische Kultur unter Politiker:innen standen hierbei ganz oben auf der Liste.

3 Vertrauen in das politische System

Zahlreiche Ereignisse prägten das Jahr 2022: Während die Pandemie sich langsam entspannte, nahmen die Korruptionsvorwürfe gegen österreichische Politiker:innen kein Ende und die Rückkehr des Krieges nach Europa löste eine erneute Schockwelle aus. Infolge des Krieges stieg die Inflation sprunghaft an, wobei sie im Oktober mit 11% am höchsten ausfiel. Die Jahresinflation lag schließlich mit 8,6% nur knapp unter jener von 1974, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise (Statistik Austria 2023).

Die aktuellen Preissteigerungen trafen außerdem auf eine bereits länger andauernde Periode zunehmender ökonomischer Ungleichheit. In den vergangenen zwanzig Jahren haben sich dabei vor allem die höchsten Einkommen vom Rest entkoppelt: So verdienten Vorstände von ATX-gelisteten Unternehmen 2003 das 24fache des Medianlohns, 2018 war es bereits das 64fache. Innerhalb dieses Zeitraums ist die ATX-Vorstandsvergütung um 266% angestiegen, der Medianlohn um nur 34% (Wieser 2019)⁸.

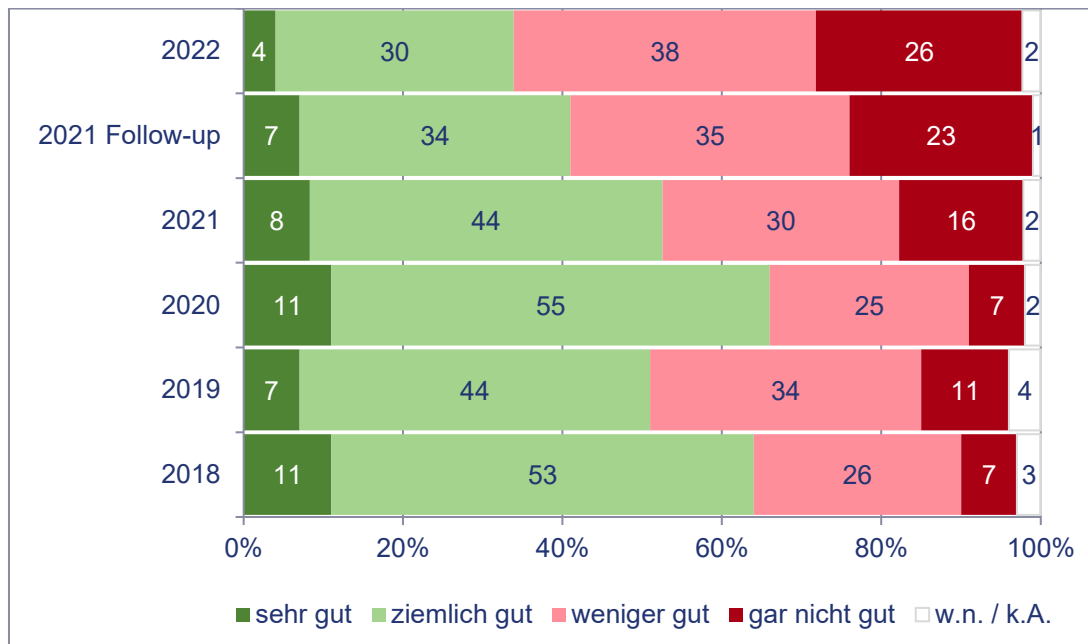
Inzwischen deutet vieles darauf hin, dass die Pandemie diese Ungleichheiten verstärkt hat: Bereits im Demokratie Monitor 2021 hat jede:r Dritte von einer Verschlechterung der eigenen finanziellen Lage berichtet – 12% im oberen, 31% im mittleren und 64% im unteren Einkommensdrittel (Zandonella 2021). Im Gegensatz dazu ist das Vermögen der zehn reichsten Österreicher:innen von 2020 auf 2021 weiter angestiegen⁹. Nicht nur die finanziellen Folgen der Pandemie, auch die aktuellen Preissteigerungen treffen die Menschen im unteren Einkommensdrittel am stärksten: Im Herbst 2022 musste sich mehr als jede:r Zweite von ihnen aufgrund der Teuerung stark einschränken. Dasselbe berichtet jede:r Fünfte im mittleren und für jede:r Zehnte im oberen Drittel.

3.1 Aktuelles Ausmaß und Zeitverlauf

Anschließend an diese Entwicklungen ist das Vertrauen der Menschen in das politische System in Österreich weiter gesunken: Derzeit denken nur mehr 34%, dass unser politisches System gut funktioniert – vor fünf Jahren waren es mit 64% noch um 30 Prozentpunkte mehr. Der Abwärtstrend setzt sich nun bereits das zweite Jahr infolge fort, wohingegen sich das aufgrund der Ibiza-Affäre 2019 gesunkene Vertrauen im Jahr darauf bereits wieder erholt hatte (Abbildung 1).

⁸ Der Medianlohn unselbständig Beschäftigter betrug 2003 15.863 Euro und 2018 21.402 Euro (Jahresnettoeinkommen) (Statistik Austria 2022b). 50% der Beschäftigten verdienen weniger, 50% verdienen mehr als den Medianlohn.

⁹ [DIE REICHSTEN ÖSTERREICHER 2021 - Forbes](#)

Abbildung 1: Wie gut funktioniert das politische System in Österreich?

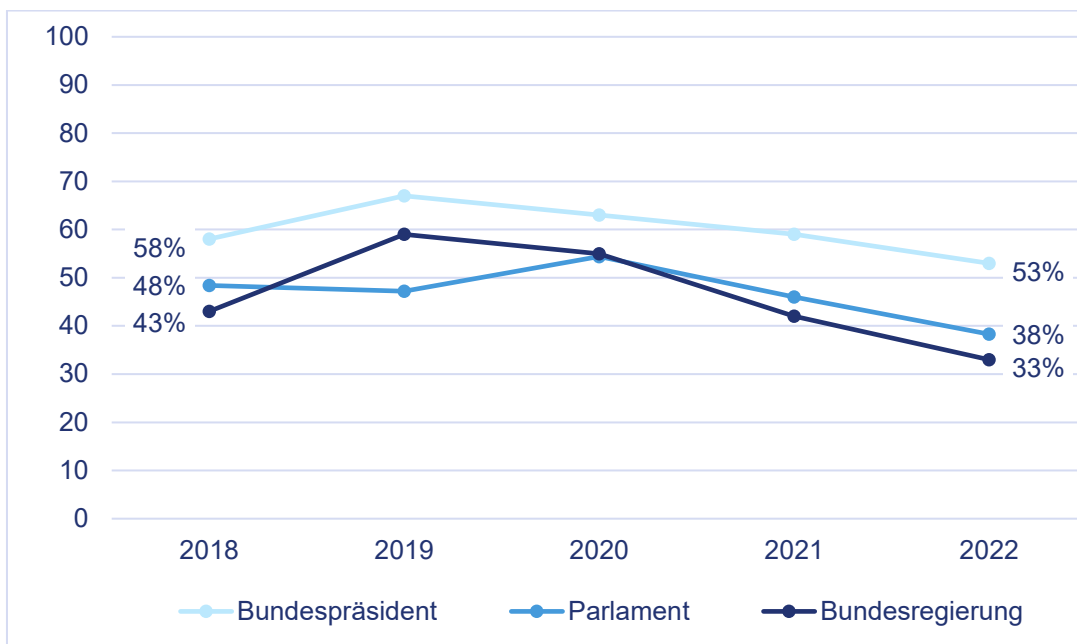
Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Anmerkung zu „2021 Follow-up“: Um die Auswirkungen der sich zuspitzenden Inseraten Affäre auf das Systemvertrauen einschätzen zu können, wurden im November und Dezember 2021 rund 500 Befragte des Demokratie Monitor 2021 erneut interviewt.

Auch mit dem Vertrauen in spezifische Institutionen und Akteur:innen ging es im Jahresvergleich weiter bergab: Aktuell vertrauen der Bundesregierung 33% der Menschen in Österreich (minus 9 Prozentpunkte), dem Parlament 38% (minus 8 Prozentpunkte) und dem Bundespräsidenten 53% (minus 6 Prozentpunkte) (Abbildung 2). Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in Justiz, Polizei und Behörden über die fünf Erhebungsjahre hinweg gleichgeblieben: Den Behörden vertrauen jeweils rund 60%, der Justiz rund 66% und der Polizei rund 75% (Abbildung 3).

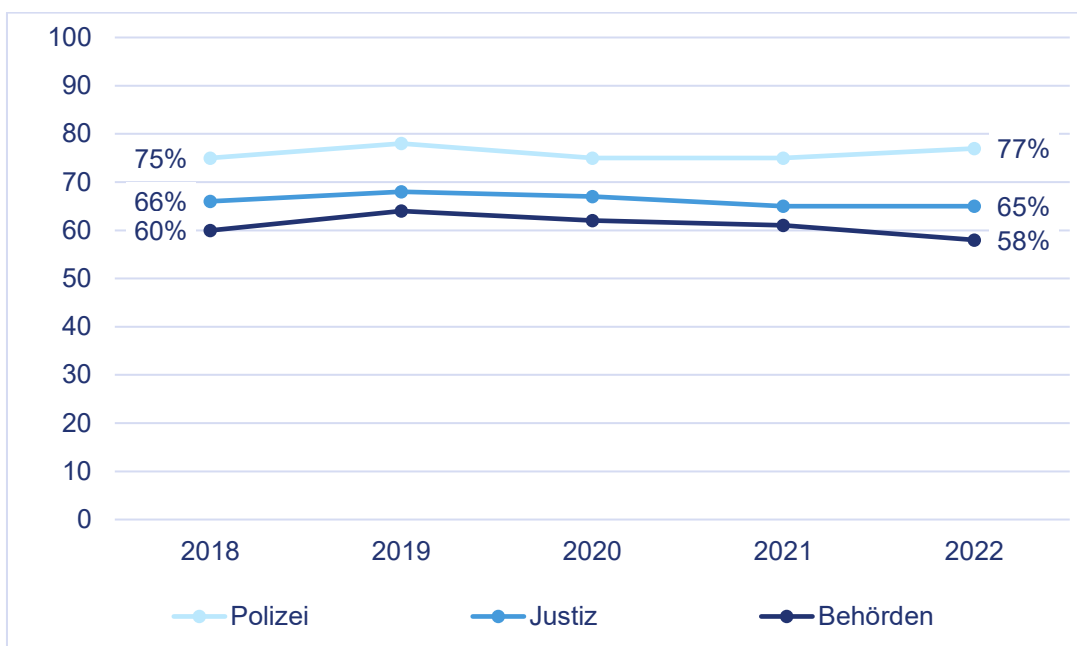
Der Vertrauensverlust betrifft bis dato also ausschließlich demokratisch gewählte Vertretungsorgane – dies deutet darauf hin, dass das politische System mit einer Krise der Repräsentation konfrontiert ist. Ein Blick auf die Parteien bestätigt dies: Haben 2018 noch 87% der Menschen eine Partei gefunden, die ihre politischen Anliegen vertritt, sind es derzeit nur mehr 62%. Damit gehen inzwischen knapp vier von zehn Menschen davon aus, dass ihre Interessen in den zentralen politischen Vermittlungsinstanzen keinen Platz finden.

Abbildung 2: Vertrauen in Institutionen I



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ Dargestellt: Anteil sehr + ziemlich.

Abbildung 3: Vertrauen in Institutionen II

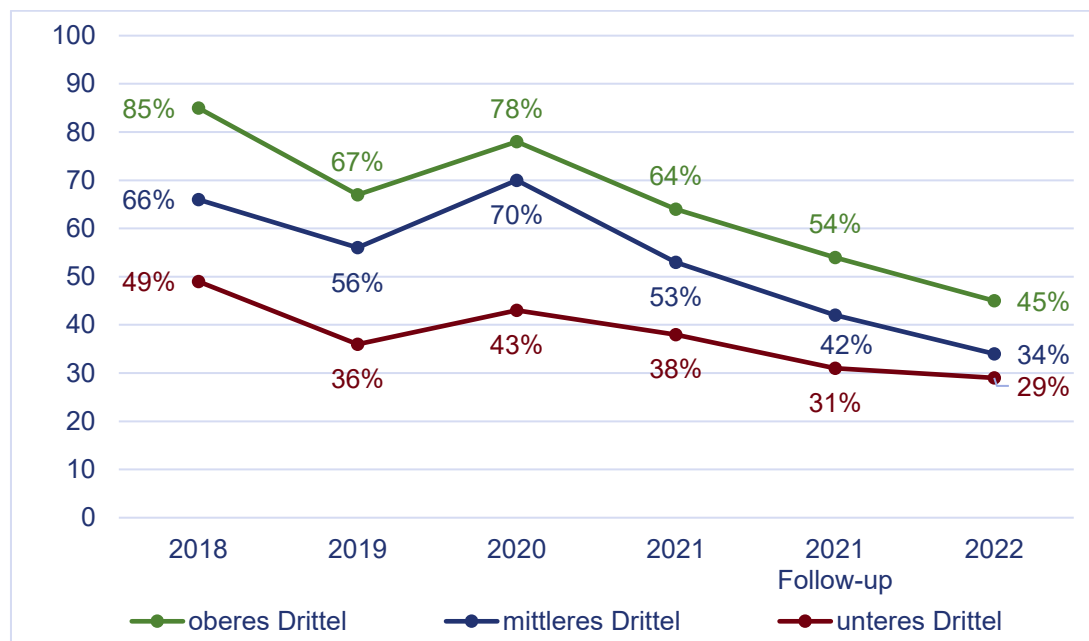


Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ Dargestellt: Anteil sehr + ziemlich.

Das Vertrauen in bzw. die Zufriedenheit mit einem politischen System geben Auskunft über seine Inklusionsfähigkeit und Legitimität. Ist die Unzufriedenheit hoch, kann dies – im schlimmsten Fall – auch eine Demokratie ins Wanken bringen. Im besten Fall ist Unzufriedenheit Ausdruck demokratischer Qualitätskontrolle und stößt die Analyse struktureller Herausforderungen sowie die Umgestaltung demokratischer Verfahren an, was wiederum die Beteiligung erhöhen und die demokratische Entscheidungsfindung verbessern kann (Van der Meer 2017, Rosanvallon 2008, Geißel 2008, Norris 1999).

In Österreich fällt diesbezüglich auf, dass in den vergangenen fünf Jahren die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Institutionenvertrauen in allen Bevölkerungsgruppen gesunken ist. Entlang der ökonomischen Lage stechen dabei spezifische Entwicklungen hervor: Im unteren Einkommensdrittel fällt die Zufriedenheit über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und schwankt auch weniger entlang von aktuellen Ereignissen. Im Gegensatz dazu hat sich im mittleren Drittel die Zufriedenheit innerhalb der letzten fünf Jahre praktisch halbiert: Waren 2018 mit 66% noch zwei Drittel davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert, sind es derzeit nur mehr 34%. Auch im oberen Drittel ist das Ausmaß der Zufriedenheit von 85% im Jahr 2018 auf derzeit nur mehr 45% gefallen. Der massive Rückgang des Systemvertrauens im Jahr 2022 ist also vor allem auf dessen Einbruch in den mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft zurückzuführen (Abbildung 4).

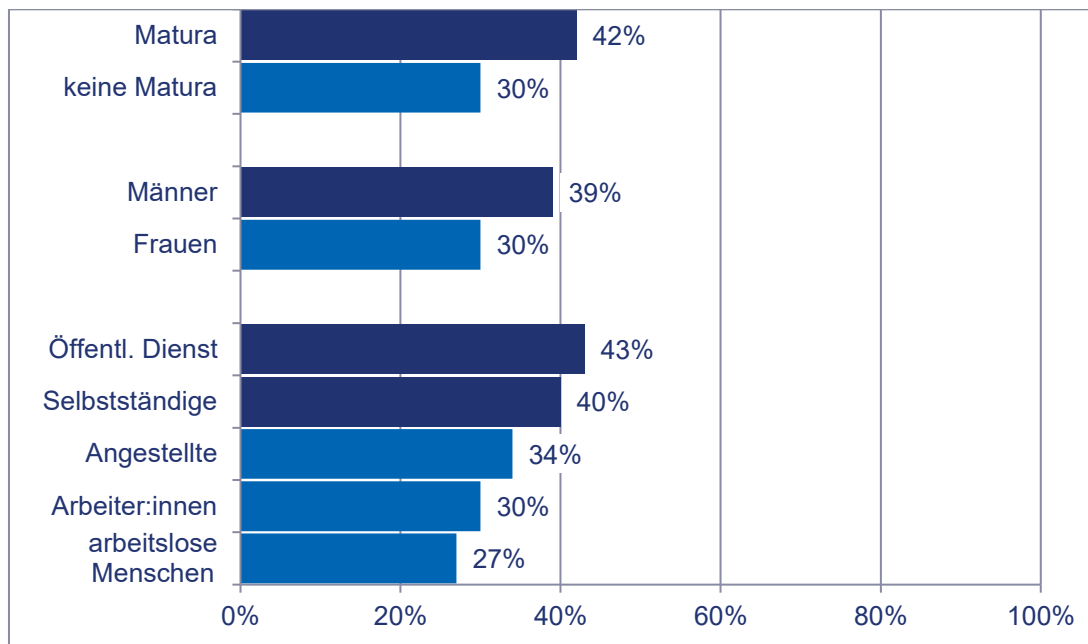
Abbildung 4: Zufriedenheit mit politischem System nach ökonomischer Lage



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ Dargestellt: Anteil sehr + ziemlich gut.

Die ökonomische Lage ist nicht das einzige Ungleichheitsmerkmal, an dem Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem politischen System festzumachen sind. Auch für Menschen ohne Matura, für Frauen, Arbeiter:innen und arbeitslose Menschen funktioniert das politische System schlechter als für die jeweiligen Referenzgruppen (Abbildung 5). Im Unterschied zur aufgezeigten Entwicklung entlang der ökonomischen Lage bleibt der Spalt zwischen diesen Gruppen über die Zeit hinweg jedoch weitgehend konstant. So liegt beispielsweise das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem politischen System bei den Frauen jedes Jahr um rund 10 Prozentpunkte unter jenem der Männer.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit dem politischen System nach weiteren Ungleichheitsmerkmalen



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ Dargestellt: Anteil sehr + ziemlich gut.

3.2 Ursachen für das gesunkene Vertrauen

In Zeiten von Mehrfachkrisen sind auch die Erklärungsansätze für das sinkende Systemvertrauen vielschichtig und Teil fortwährender Analysen. Der Demokratie Monitor greift an dieser Stelle jene auf, die mit dem subjektiven Erleben bzw. der Sicht der Menschen auf das politische System zu tun haben (u.a. Mauk 2021, Norris 2014, Dalton 2004). Hierzu zählen in erster Linie Erfahrungen im Kontext von politischer Gleichheit, wirksamer Mitbestimmung und Selbstbestimmung – den zentralen Versprechen der Demokratie. Berücksichtigt wird außerdem die Betroffenheit von den ökonomischen Auswirkungen der Krisen, denn auch dies kann das Vertrauen in das politische System schwächen (u.a. Margalit 2019, Foster & Frieden 2017, Wroe 2014).

Um festzustellen, welche dieser Faktoren mit der geringen Zufriedenheit zusammenhängen, wurden Lineare Regressionsmodelle berechnet. Dieses statistische Verfahren modelliert Beziehungen zwischen Variablen und schätzt die Effekte möglicher erklärender Faktoren auf eine zu erklärende Variable (Backhaus et al. 2008). Erklärt werden soll im vorliegenden Fall das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem politischen System. Die möglichen erklärenden Faktoren – Erfahrungen im Kontext von Gleichheit, Mitbestimmung und Selbstbestimmung sowie die Betroffenheit von den ökonomischen Folgen der Krisen – sind in Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse sind in Abbildung 6, Abbildung 7 und Abbildung 8 schematisch zusammengefasst, die statistischen Kennzahlen können in Tabelle 3, Tabelle 4 und Tabelle 5 im Anhang nachgeschlagen werden.

Tabelle 2 zusammengefasst. Vorab durchgeführte explorative Analysen haben außerdem darauf hingewiesen, dass je nach ökonomischer Lage bzw. den damit einhergehenden Erfahrungen unterschiedliche Faktoren für die Zufriedenheit mit dem politischen System relevant sein können. Aus diesem Grund wurde für das untere, das mittlere und das obere Einkommensdrittel ein jeweils eigenes Regressionsmodell berechnet. Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse sind in Abbildung 6, Abbildung 7 und Abbildung 8 schematisch zusammengefasst, die statistischen Kennzahlen können in Tabelle 3, Tabelle 4 und Tabelle 5 im Anhang nachgeschlagen werden.

Tabelle 2: Mögliche erklärende Faktoren für die geringe Zufriedenheit

Dimension	Indikator
Gleichheit	Die Politik behandelt mich oft als Menschen zweiter Klasse.
	In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll.
Mitbestimmung	Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.
	Im Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.
Selbstbestimmung	Der Staat bevormundet uns immer mehr.
Betroffenheit von den ökonomischen Folgen der Krisen	Finanzielle Situation hat sich seit Beginn der Pandemie verschlechtert
	Teuerung: aktuell starke Einschränkungen im Alltag
	Teuerung: starke Einschränkung in den kommenden Monaten erwartet
Kontrollvariablen	Geschlecht
	Alter
	formale Bildung
	Stadt / Land

Jene beiden Versprechen, die seit den Anfängen der Demokratie so viele Menschen von diesem System überzeugen, sind politische Gleichheit und wirksame Mitbestimmung (Dunn 2019): Der demokratischen Idee folgend, können wir uns alle an der politischen Gestaltung unserer gemeinsamen Lebensumstände beteiligen, jeder Mensch und jede Stimme zählen dabei gleich viel. Die Menschen im unteren Einkommensdrittel machen in diesem Zusammenhang – und über alle Erhebungsjahre hinweg – gänzlich andere Erfahrungen: Aktuell berichten 73% von ihnen, dass die Politik sie als Menschen zweiter Klasse behandelt und 68% denken, im Parlament nicht vertreten zu sein. Daran anschließend sind inzwischen 60% der Menschen im unteren Einkommensdrittel davon überzeugt, mit politischer Beteiligung nichts bewirken zu können.

Dementsprechend gering fällt dann auch ihre Partizipation aus: In den vergangenen fünf Jahren haben sich 36% der Menschen im unteren Einkommensdrittel gar nicht politisch beteiligt, dasselbe gilt für 12% im mittleren und für 4% im oberen Einkommensdrittel. Hinzu kommt, dass wesentlich mehr Menschen im unteren als im mittleren und oberen Drittel aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften kein Wahlrecht haben. Österreichweit trifft dieser Ausschluss vom zentralen Beteiligungsverfahren der repräsentativen Demokratie rund jede:n Fünften, unter den Reinigungskräften sind es jedoch 70%, unter den Pflegekräften 65% und unter den in Gastronomie bzw. Beherbergung Beschäftigten 49% (Schönherr et al. 2022).

Auch die ökonomischen Folgen der Krisen treffen das untere Einkommensdrittel härter: Drei Viertel (73%) von ihnen berichten, dass sich ihre finanzielle Lage seit Beginn der Pandemie verschlechtert hat, dasselbe gilt für die Hälfte (51%) im mittleren und für ein Fünftel (20%) im oberen Drittel. Hinzu kommt die steigende Inflation: Aufgrund der Preissteigerungen im Alltag bereits stark einschränken müssen sich 56% der Menschen im unteren Drittel. Von ebensolchen Einschränkungen berichten im Vergleich dazu 18% im mittleren und 8% im oberen Einkommensdrittel.

Die Ergebnisse der Regressionsmodelle verweisen auf eindeutige Zusammenhänge zwischen diesen Erfahrungen und der Zufriedenheit mit dem politischen System. Im unteren Einkommensdrittel erfüllt die Demokratie dabei ihre zentralen Versprechen nicht: Die stärksten Effekte auf die geringe Zufriedenheit haben die berichteten Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation (Abbildung 6 und Tabelle 3). Letzteres ist dabei nicht „nur“ ein subjektiver Eindruck. Für zahlreiche europäische Demokratien, darunter Deutschland, ist inzwischen nachgewiesen, dass die politischen Anliegen der unteren Einkommensgruppen in den Parlamenten schlechter vertreten sind und darüber hinaus auch kaum Chancen auf Umsetzung haben (Elsässer 2018, Peters & Ensink 2015, Donnelly & Lefkofridi 2014, Giger et al. 2012).

Geht es um die aktuell geringe Zufriedenheit mit dem politischen System, sticht auch im mittleren Einkommensdrittel die politische Gleichheit hervor. Im

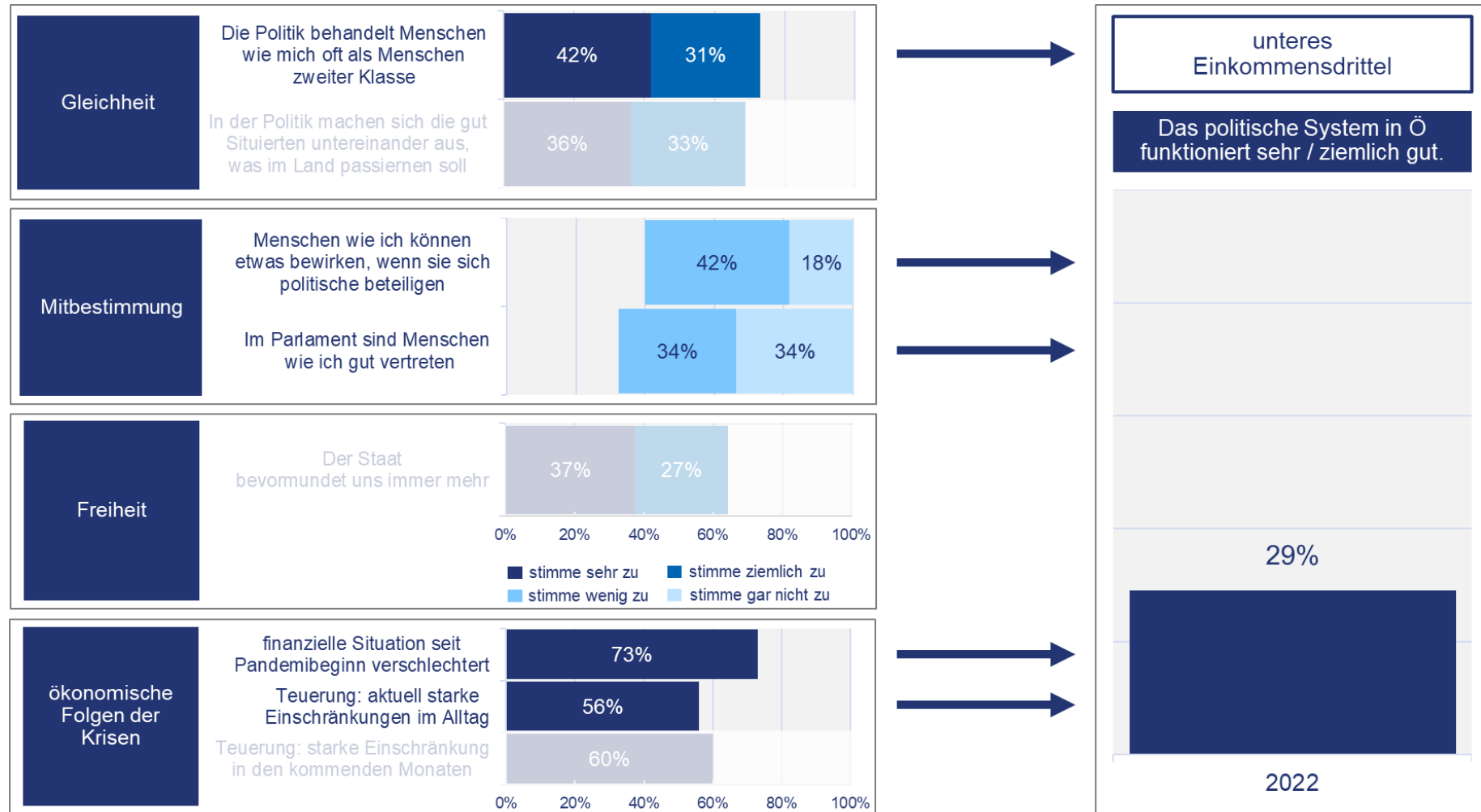
Gegensatz zum unteren Drittel geht es hierbei jedoch nicht um das Erleben von Abwertung, sondern um den entlang von Korruptionsvorwürfen zunehmenden Eindruck, dass privilegierte Gruppen das politische System für ihre Eigeninteressen benutzen. So denken derzeit 78% der Menschen in der Mitte der Gesellschaft, dass sich die gut Situierten untereinander ausmachen, was in Österreich passieren soll. Daran anschließend hat sich im Zeitverlauf die Überzeugung verstärkt, im Parlament nicht mehr gut vertreten zu sein: 2018 hat dies nicht einmal jede:r Fünfte berichtet, inzwischen denkt dies auch im mittleren Einkommensdrittel die Mehrheit (Abbildung 7 und Tabelle 4).

Im oberen Einkommensdrittel hängt die Zufriedenheit mit dem politischen System an einem weiteren zentralen demokratischen Prinzip: der Freiheit bzw. Selbstbestimmung. Während staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung für das untere Einkommensdrittel alltäglich sind, wurden sie im mittleren und oberen Drittel im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie spürbar. Bei den Menschen im oberen Drittel zeigen sich nun die Folgen: Ihre Zufriedenheit mit dem politischen System fällt derzeit auch deshalb so gering aus, weil sie sich vom Staat auf eine bislang nicht gekannte Weise bevormundet fühlen (49%). Diese Erfahrung geht auch in dieser Gruppe mit dem zunehmenden Eindruck einher, im Parlament nicht mehr gut vertreten zu sein: Dachten dies im Jahr 2018 nicht einmal 10% der Menschen im oberen Einkommensdrittel, ist es derzeit rund die Hälfte (Abbildung 8 und Tabelle 5). Die Krise der Repräsentation hat sich damit während des letzten Jahres nicht nur vom unteren Drittel in die Mitte der Gesellschaft ausgebreitet, sondern ist auch in den oberen Etagen angekommen.

In allen drei Einkommensgruppen wirkt sich schließlich die Betroffenheit von den ökonomischen Folgen der Pandemie auf die Zufriedenheit mit dem politischen System aus: Sowohl im unteren als auch im mittleren und oberen Drittel geht eine Verschlechterung der finanziellen Lage mit einer geringeren Zufriedenheit einher. Erinnerung sei an dieser Stelle daran, dass die Betroffenheit sehr unterschiedlich ausfällt – im unteren Einkommensdrittel berichten 73% der Menschen, im mittleren Drittel 51% und im oberen Drittel 18% von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage infolge der Pandemie (Abbildung 6, Abbildung 7 und Abbildung 8 bzw. Tabelle 3, Tabelle 4 und Tabelle 5).

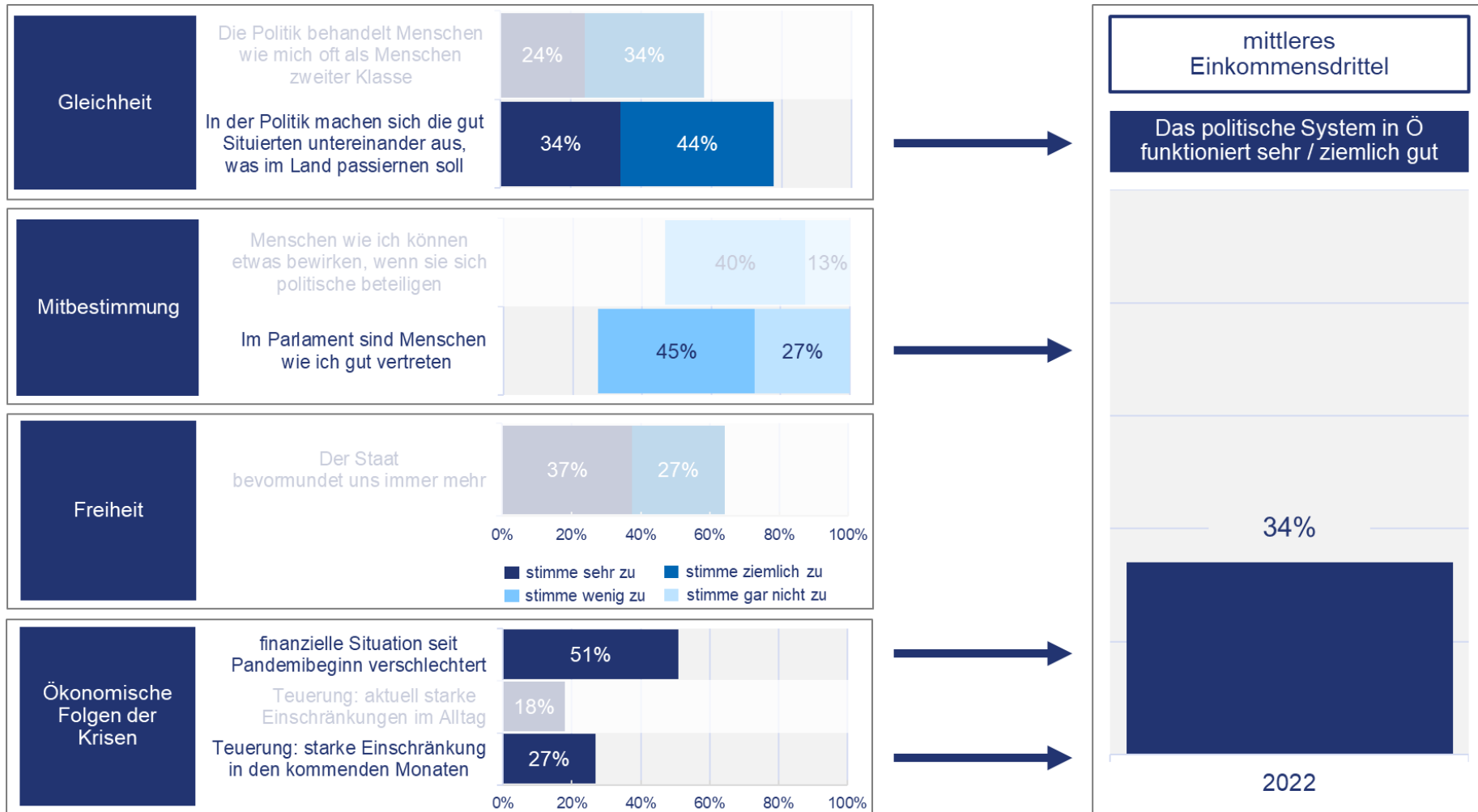
In Hinblick auf die nach wie vor steigende Inflation sind die Effekte differenzierter: Im unteren Einkommensdrittel, wo sich bereits jetzt mehr als die Hälfte finanziell stark einschränken muss, schwächt eben diese aktuelle Betroffenheit die Zufriedenheit mit dem politischen System. Im mittleren Drittel steht demgegenüber die unsichere Zukunft im Vordergrund: Die Erwartung, sich in den kommenden Monaten stark einschränken zu müssen, wirkt sich negativ auf die Zufriedenheit aus. Im oberen Drittel gibt es derzeit wiederum keinen Zusammenhang zwischen den in dieser Gruppe noch kaum notwendigen, inflationsbedingte finanziellen Einschränkungen und der Zufriedenheit mit dem politischen System (Abbildung 6, Abbildung 7 und Abbildung 8 bzw. Tabelle 3, Tabelle 4 und Tabelle 5).

Abbildung 6: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des Linearen Regressionsmodells für das untere Einkommensdrittel



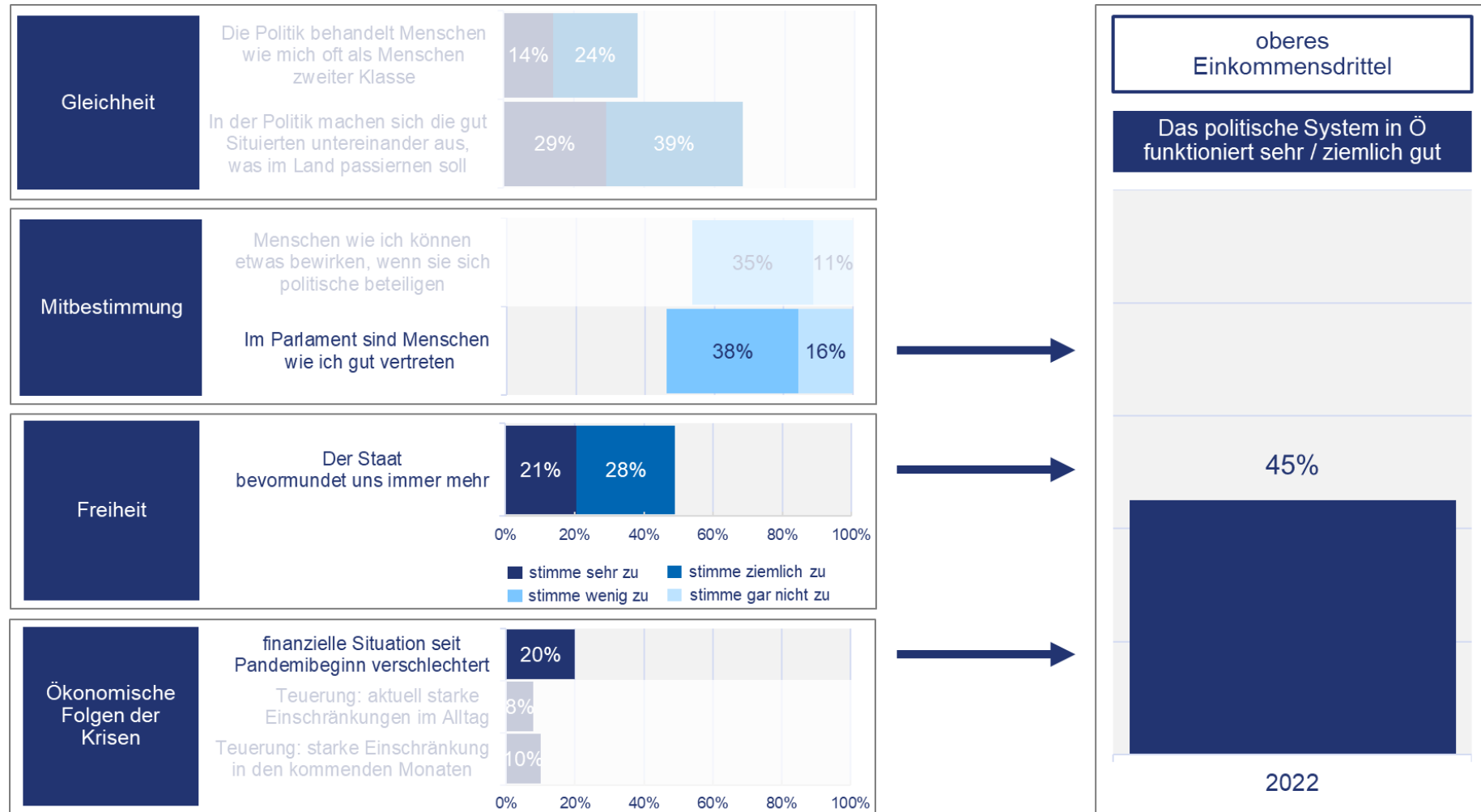
Mit Pfeilen dargestellt sind die signifikanten Effekte des berechneten Linearen Regressionsmodells zum Ausmaß der Zufriedenheit mit dem politischen System. Für die statistischen Kennzahlen des Modells siehe Tabelle 3 im Anhang.

Abbildung 7: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des Linearen Regressionsmodells für das mittlere Einkommensdrittel



Mit Pfeilen dargestellt sind die signifikanten Effekte des berechneten Linearen Regressionsmodells zum Ausmaß der Zufriedenheit mit dem politischen System. Für die statistischen Kennzahlen des Modells siehe Tabelle 4 im Anhang.

Abbildung 8: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des Linearen Regressionsmodells für das obere Einkommensdrittel



Mit Pfeilen dargestellt sind die signifikanten Effekte des berechneten Linearen Regressionsmodells zum Ausmaß der Zufriedenheit mit dem politischen System. Für die statistischen Kennzahlen des Modells siehe Tabelle 5 im Anhang.

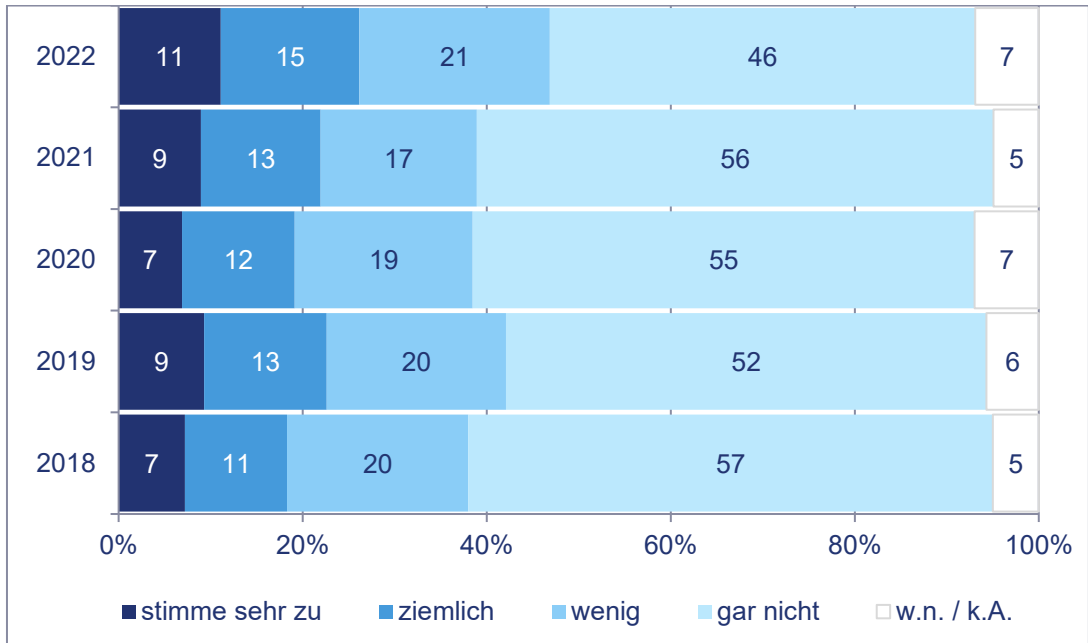
4 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?

Angesichts des erneut gesunkenen Vertrauens in das politische System und der sich ausbreitenden Krise der Repräsentation (Kapitel 3): Hat im Zeitverlauf auch die Demokratie selbst an Legitimität verloren? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, werden zunächst die beiden klassischen Fragen – jene zum „starken Führer“ und jene zur „Demokratie als bester Staatsform“ – einander gegenübergestellt. Hierbei fällt auf, dass der „starke Führer“ erstmals seit Erhebungsbeginn im Jahr 2018 nicht mehr mehrheitlich abgelehnt wird: Einem „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“ stimmen derzeit 46% gar nicht zu, vor einem Jahr waren es noch 56% (Abbildung 9). Parallel zu dieser Entwicklung hat jedoch die Demokratie nicht an Zustimmung verloren, denn über alle fünf Erhebungsjahre hinweg denken jeweils knapp neun von zehn Menschen, dass sie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist (Abbildung 10).

Diese grundlegende Überzeugung hängt eng mit der Bewertung der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich zusammen: Denken die Menschen, dass das politische System gut funktioniert, sind sie auch häufiger der Ansicht, dass die Demokratie die beste Staatsform ist (Abbildung 11). Anschließend an Kapitel 3.2 verweist dies darauf, dass negative Erfahrungen innerhalb des politischen Systems Zweifel an der Demokratie insgesamt sähen können. Sichtbar ist dies derzeit vor allem im unteren Einkommensdrittel: Entlang ihrer Erfahrungen von Ungleichwertigkeit, dem Ausschluss von Mitbestimmung und ihrer starken Betroffenheit von den ökonomischen Folgen der Krisen sind die Menschen auch seltener von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt (79% stimmen hier sehr und ziemlich zu, im Vergleich zu 91% im mittleren und 93% im oberen Drittel).

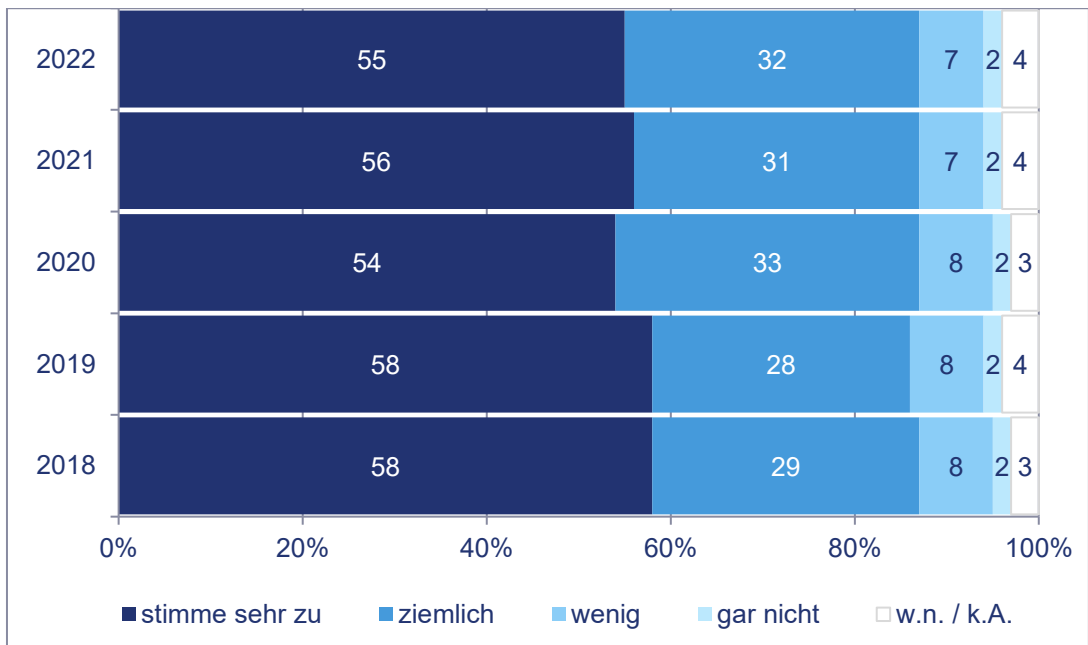
Im Gegensatz zu den langjährigen negativen Erfahrungen im unteren Einkommensdrittel schlägt sich der relativ neue Vertrauensverlust im mittleren und oberen Drittel (noch) nicht in Zweifeln an der Demokratie selbst nieder. Eine Folge des zunehmenden Vertrauensverlustes ist jedoch die derzeit geringere Ablehnung des „starken Führers“ – sie ist vor allem bei jenen Menschen zu beobachten, die denken, dass das politische System in Österreich derzeit weniger oder gar nicht gut funktioniert (Abbildung 12).

Abbildung 9: Zustimmung zu einem „starken Führer“



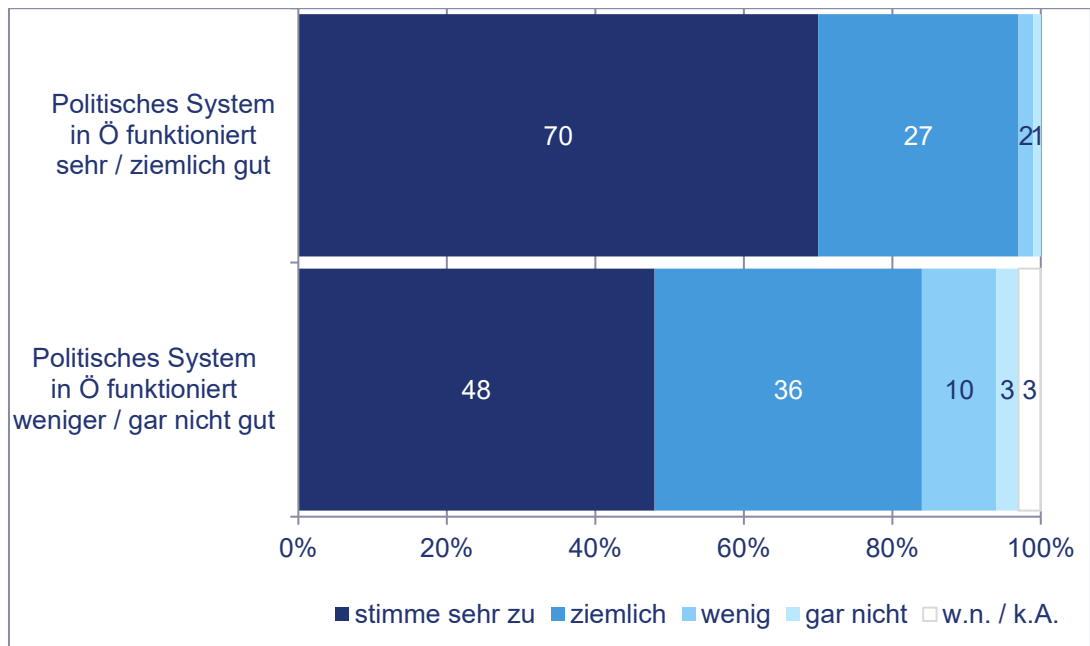
Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“

Abbildung 10: Zustimmung zu „Demokratie als bester Staatsform“



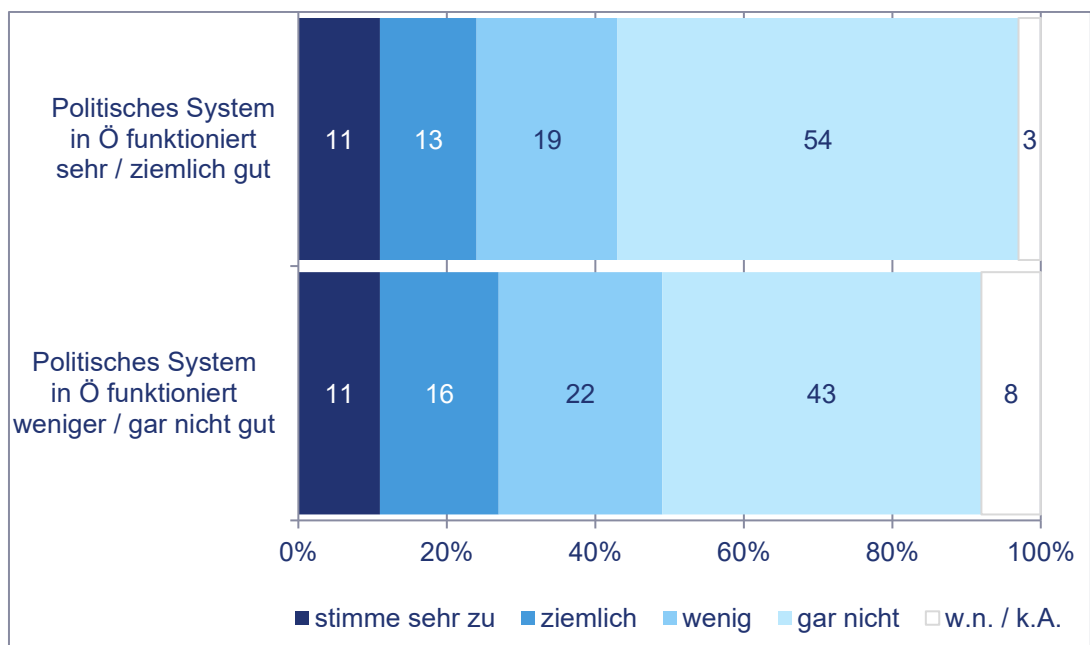
Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

Abbildung 11: Zustimmung zu „Demokratie als bester Staatsform“ entlang der Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

Abbildung 12: Zustimmung zu einem „starken Führer“ entlang der Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“

Die beiden Fragen – jene zum „starken Führer“ und jene zur „Demokratie als bester Staatsform“ – schließen sich demzufolge nicht grundsätzlich aus. Dass Menschen derart ambivalente Haltungen haben, ist dabei nicht ungewöhnlich, im Gegenteil: Die Einstellungsforschung verweist immer wieder darauf, dass sie eher die Regel, denn die Ausnahme sind (für einen Überblick siehe z.B. Conner & Armitage 2008). Dies gilt auch in Hinblick auf die Demokratie bzw. demokratische Haltungen (u.a. Krause et al 2021). Aus diesem Grund betrachtet der Demokratie Monitor auch nicht nur einzelne Aussagen, sondern ihre Kombination in Form von Einstellungsmustern. Diese wurden mittels Clusteranalyse gebildet, ein statistisches Verfahren, das Befragte mit ähnlichen Merkmalskombinationen identifiziert und gruppiert (Backhaus et al. 2008, Breckenridge 2000). Zusätzlich zu den Fragen nach dem „starken Führer“ und der „Demokratie als bester Staatsform“ wurden hierfür auch jene Fragen herangezogen, in denen sich die Menschen entweder für den Ausbau, die Einschränkung oder den Status Quo der Oppositionsrechte, der Unabhängigkeit von Justiz und Medien sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aussprechen. Über die Zeit hinweg konnten drei übergeordnete Einstellungsmuster identifiziert werden:

Überzeugte Demokrat:innen, also Menschen mit durchgängig demokratischen Einstellungsmustern: Sie stimmen der Demokratie als bester Staatsform uneingeschränkt zu und lehnen eine Autokratie, an deren Spitze ein Führer steht, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, grundsätzlich ab. Zudem sprechen sie sich gegen jegliche Einschränkung der Oppositionsrechten, der Unabhängigkeit von Justiz und Medien sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit aus.

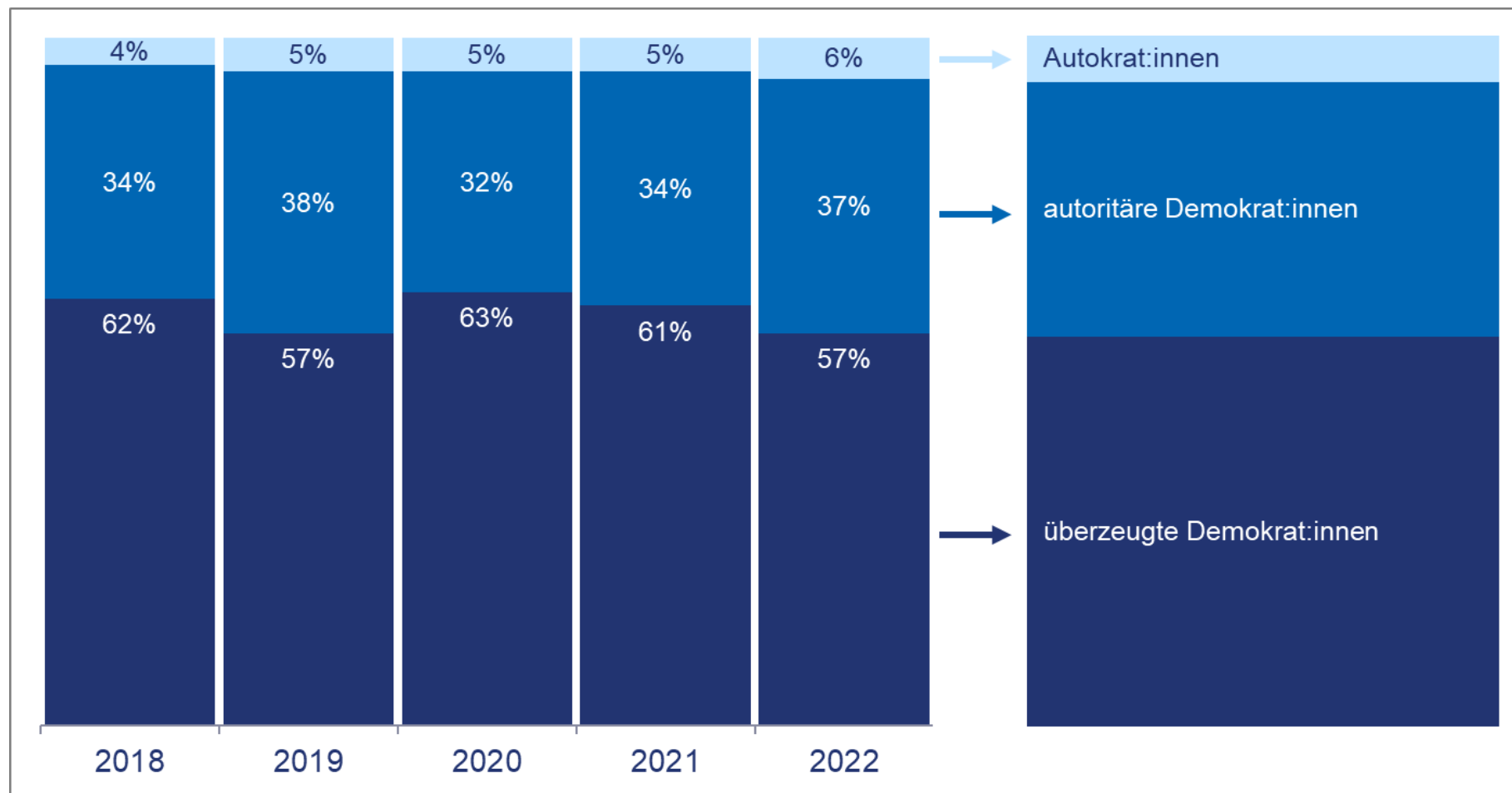
Über die fünf Erhebungsjahre hinweg ist dies das in Österreich am weitest verbreitete Einstellungsmuster – zwischen 57% und 63% der Menschen sind überzeugte Demokrat:innen. In den vergangenen zwei Jahren ist ihr Anteil jedoch rückläufig (minus sechs Prozentpunkte im Vergleich zu 2020), derzeit sind es mit 57% gleich viele wie 2019 (Abbildung 13).

Autokrat:innen befinden sich am andere Ende des Einstellungsspektrums: Sie lehnen die Demokratie grundsätzlich ab und sprechen sich uneingeschränkt für einen starken Führer aus, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss. Über die fünf Erhebungsjahre hinweg bleibt ihr Anteil mit jeweils rund 5% stabil (Abbildung 13).

Autoritäre Demokrat:innen liegen zwischen diesen beiden Gruppen: Sie sprechen sich grundsätzlich für die Demokratie als bester Staatsform aus, können sich jedoch unter bestimmten Umständen einen „starken Führer“ vorstellen und/oder befürworten die Einschränkung der Demokratie in zumindest einem der genannten Bereiche. Dieses Einstellungsmuster hat in den vergangenen zwei Jahren zugenommen (plus fünf Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) und ist derzeit mit 37% ebenso weit verbreitet wie bereits 2019 (Abbildung 13).

Innerhalb der autoritären Demokrat:innen sind aktuell außerdem zwei Gruppen zu unterscheiden: Der größere Teil (22% der Bevölkerung) vertritt klassisch autoritäre Haltungen wie die Hinwendung zu einer Führerfigur oder Law & Order, ohne jedoch die Demokratie abzulehnen. Der kleinere Teil (15% Bevölkerung) kann am ehesten mit dem von Oliver Nachtwey und Carolin Amlinger (2022) geprägten Begriff des libertären Autoritarismus beschrieben werden: Für diese Menschen steht Freiheit im Sinne der eigenen Autonomie im Vordergrund. Ein politisches Verständnis von Freiheit – das individuelle Recht eingebettet in die Gesellschaft und ihre Institutionen – fehlt. Diese Gruppe lehnt staatliche Eingriffe in ihre individuellen Handlungsspielräume ab und spricht sich u.a. auch geschlossen für einen Abbau des Sozialstaates aus.

Abbildung 13: Drei Einstellungsmuster im Zeitvergleich



Anm.: Die drei Einstellungsmuster sind zusammengesetzt aus den Zustimmungen zu den Fragen: „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“ „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“ „Soll die Regierung in Österreich die Rechte der Opposition / die Unabhängigkeit der Gerichte / die Unabhängigkeit der Medien / die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben wie es ist?“.

5 Fazit

Als zentrales Ergebnis des Demokratie Monitor 2022 sticht das gesunkene Vertrauen in das politische System und die um sich greifende Krise der Repräsentation hervor. Während bislang vor allem die Menschen im unteren Einkommensdrittel davon berichtet haben, dass sie und ihre politischen Anliegen in den repräsentativen Prozessen der Demokratie nicht vertreten sind, gilt dies nun auch für die Mehrzahl der Menschen im mittleren und für die Hälfte der Menschen im oberen Drittel. Dieser wahrgenommene Ausschluss von politisch wirksamer Mitbestimmung – einem zentralen Versprechen der Demokratie – hängt dabei eng mit der aktuell hohen Unzufriedenheit und dem geringen Vertrauen zusammen.

Gelingt es der Demokratie langfristig nicht, ihren Idealen zumindest einigermaßen gerecht zu werden, hat dies Folgen: Entlang ihrer kontinuierlich negativen Erfahrungen mit dem politischen System fällt die Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform im unteren Einkommensdrittel bereits etwas geringer aus als in der Mitte und den oberen Etagen der Gesellschaft. Mit Blick auf die Krise der Repräsentation gilt es daher, (1) demokratische Prozesse transparenter zu gestalten und (2) all jene einzubeziehen, die von demokratischen Entscheidungen betroffen sind (u.a. Cohen 2009, Fung & Wright 2003).

Bisherige Versuche in diese Richtung umfassen in erster Linie die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei wurden jedoch auch in Österreich hauptsächlich Angebote ins Leben gerufen, die zwar die politische Meinungsbildung fördern können, jedoch keine rechtliche Verbindlichkeit herstellen. Außerdem ist inzwischen bekannt, dass das zusätzliche Angebot vor allem von jenen genutzt wird, die sich bereits bisher politisch beteiligt haben (u.a. Schäfer 2015) – das Mehr an Beteiligungsmöglichkeiten trägt also zur wachsenden Beteiligungskluft bei, anstatt diese zu verringern (Dalton 2017). Daher sollte künftig auch weniger der Ausbau von Beteiligungsangeboten als vielmehr die Verbesserung der Repräsentation im Vordergrund stehen (u.a. Parvin 2017, Achen & Bartels 2016).

Geschieht dies nicht, verstößt ein demokratisches System nicht nur gegen das Prinzip der politischen Gleichheit (u.a. Schäfer 2015, Young 2000). Systematischer Ausschluss bedingt auch eine zunehmende Distanz der davon betroffenen Menschen zum politischen System (u.a. Gutmann & Thompson 2004, Fung 2004). Damit einher geht, dass demokratische Prozesse und letztlich die Demokratie selbst als immer weniger relevant für das eigene Leben betrachtet werden.

Literatur

Achen, Christopher / Bartels, Larry (2016) *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government*. Princeton: University Press.

Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.

Baur, Nina / Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Onlineumfragen. In: Jackob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hg.): *Sozialforschung im Internet*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 109-129.

Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulff / Weiber, Rolf (2008): *Multivariate Analysemethoden*. Berlin: Springer.

Bortz, Jürgen / Döring, Nicola (2006): *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer Dalton, Russell (2004): *Democratic challenges, democratic choices: The erosion of political support in advanced industrial democracies*. Oxford: University Press.

Breckenridge, James (2000): Validating cluster analysis: Consistent replication and symmetry. In: *Multivariate Behavioral Research*, 35(2), 261-285.

Cohen, Joshua (2009): *Philosophy, Politics, Democracy*. Cambridge: Harvard University Press.

Conner, Mark / Sparks, Paul (2002): Ambivalence and attitudes. In: *European Review of Social Psychology*, 12, 37–70.

Dalton, Russel (2017) *The participation gap: Social status and political inequality*. Oxford: University Press.

Donnelly, Michael / Lefkofridi, Zoe (2014): *Economic & political inequality in modern democracies: Differential responsiveness to the policy preferences of economic classes*. EUI Working Paper. MWP Red Number Series 2014/13, 1–21.

Dunn, John (2019): *Setting the people free. The story of democracy*. Princeton: University Press.

Elsässer, Lea (2018): *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.

Foster, Chase / Frieden, Jeffry (2017): *Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government*, In: *European Union Politics*, 28(2), 1-25.

Fung, Archon (2004): *Empowered participation: Reinventing urban democracy*, Princeton: University Press.

- Fung, Archon / Wright, Erik Olin (2003): *Deepening democracy: Institutional innovations in empowered governance*. London: Verso.
- Ganzeboom, Harry (2020): *Why weights do not matter but do harm*. Presentation. Amsterdam: Department of Sociology VUA.
- Geißel, Brigitte (2008): *Do critical citizens foster better governance? A comparative study*. In: *West European Politics* 31(5), 855–873.
- Giger, Nathalie / Rosset, Jan / Bernauer, Julian (2012): *The poor political representation of the poor in a comparative perspective*. In: *Representation* 48(1), 47–61.
- Gutman, Amy / Thompson, Dennis (2004): *Why deliberative democracy?* Princeton: University Press.
- Keane, John (2020): *The new despotisms*. Cambridge: Harvard University Press.
- Kneip, Sascha / Merkel, Wolfgang (2020): *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Springer.
- Krause, Laura-Kristine / Gagné, Jérémie / Hawkins, Stephen / Hüssen, Falco (2021): *It's complicated. People and their democracy in Germany, France, Britain, Poland, and the United States*. Berlin, Robert Bosch Stiftung.
- Levitsky, Steve / Ziblatt, Daniel (2018): *How democracies die*. New York: Penguin.
- Margalit, Yotam (2019): *Political responses to economic shocks*. In: *Annual Review of Political Science*, 22. 277-295.
- Mauk, Marlene (2021): *Quality of democracy makes a difference, but not for everyone*. In: *Frontiers of Political Science*, 3, 637344.
- Merkel, Wolfgang / Kneip, Sascha (2018): *Democracy and crisis. Challenges in turbulent times*. Heidelberg: Springer.
- Merkel, Wolfgang / Lührmann, Anna (2021): *Resilience of democracies: responses got illiberal and authoritarian responses*. In: *Democratization*, 28(5), 869-884.
- Norris, Pippa (2014): *Why electoral integrity matters*. New York: Cambridge: University Press.
- Parvin, Phil (2017) *Democracy without participation: a new politics for a disengaged era*. In: *Res Publica* 24 (1) 31–52.
- Peters, Yvette / Ensink, Sander (2015): *Differential responsiveness in Europe: The effects of preference difference and electoral participation*. In: *West European Politics* 3, 577–600.

- Petring, Alexander / Merkel, Wolfgang (2011): Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie. In: WZB-Mitteilungen, 134, S. 30-33.
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-democracy: Politics in an age of distrust. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schäfer, Armin (2015) Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.
- Schönherr, Daniel / Zandonella, Martina / Glaser, Harald (2022): Kolleginnen und Kollegen mit anderen Staatsangehörigkeiten als der österreichischen am Arbeitsmarkt. Zwischen Systemrelevanz und Exklusion. Wien, SORA.
- Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, 117-149.
- Seongcheol, Kim (2020): ‚Illiberal-demokratische‘ Legitimität. Eine konzeptuelle Annäherung und empirische Veranschaulichung am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2017. In: Kneip, Sascha / Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Legitimitätsprobleme. S. 205-222.
- Statistik Austria (2023): Inflation im Jahr 2022. Analysen und Trends. Wien, Statistik Austria.
- Van der Meer, Tom (2017): Public trust and the “crisis of democracy”. In: Oxford Research Encyclopedia of Politics.
- V-Dem Institute (2022): Democracy Report 2022. Gothenburg: V-Dem Institute.
- Wieser, Christina (2019): Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen. Vergütungspolitik und Gehälter-Ranking 2018. In: Schürz, Martin (2019): Überreichtum. Frankfurt: Campus.
- Wroe, Andrew (2014): Political trust and job insecurity in 18 European polities. In: Journal of Trust Research, 4(2), 90-112.
- Young, Iris (2000) Inclusion and Democracy. Oxford: University Press.
- Zandonella, Martina (2021): Demokratie Monitor 2021. Wien, SORA.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Eckdaten der fünf Befragungen des Demokratie Monitor	8
Tabelle 2: Mögliche erklärende Faktoren für die geringe Zufriedenheit	16
Tabelle 3: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit (unteres Drittel)	34
Tabelle 4: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit (mittleres Drittel)	35
Tabelle 5: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit (oberes Drittel)	36

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wie gut funktioniert das politische System in Österreich?	12
Abbildung 2: Vertrauen in Institutionen I	13
Abbildung 3: Vertrauen in Institutionen II	13
Abbildung 4: Zufriedenheit mit politischem System nach ökonomischer Lage	14
Abbildung 5: Zufriedenheit mit dem politischen System nach weiteren Ungleichheitsmerkmalen	15
Abbildung 6: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des Linearen Regressionsmodells für das untere Einkommensdrittel	19
Abbildung 7: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des Linearen Regressionsmodells für das mittlere Einkommensdrittel	20
Abbildung 8: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse des Linearen Regressionsmodells für das obere Einkommensdrittel	21
Abbildung 9: Zustimmung zu einem „starken Führer“	23
Abbildung 10: Zustimmung zu „Demokratie als bester Staatsform“	23
Abbildung 11: Zustimmung zu „Demokratie als bester Staatsform“ entlang der Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich	24
Abbildung 12: Zustimmung zu einem „starken Führer“ entlang der Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich	24
Abbildung 13: Drei Einstellungsmuster im Zeitvergleich	27

Anhang

Tabelle 3: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit (unteres Drittel)

	B	Beta	p
Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,217	-0,243	0,000
In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,055	0,057	0,140
Im Österr. Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,358	0,361	0,000
Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,099	0,105	0,008
Der Staat bevormundet uns immer mehr. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,040	-0,044	0,284
finanzielle Lage seit Beginn der Pandemie verschlechtert (1=verbessert, 2=nicht verändert, 3=verschlechtert)	0,157	0,099	0,014
Teuerung: aktuell Einschränkungen im Alltag (1=stark, 2=etwas, 3=keine)	-0,143	-0,094	0,040
Teuerung: Einschränkungen in den kommenden Monaten (1=stark, 2=etwas, 3=keine)	0,050	0,034	0,544
Geschlecht (1=Frau)	0,150	0,082	0,019
Alter (aufsteigend)	0,098	0,113	0,002
formale Bildung (aufsteigend)	-0,073	-0,102	0,005
Stadt/Land (1=Land)	0,038	0,022	0,528
Konstante	1,821		0,000
R ² =0,41			

Abhängige Variable: Funktioniert das politische System in Wien derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut? (1=sehr gut, 4=gar nicht gut)

Signifikanz: Ein Effekt ist signifikant, wenn $p < 0,05$.

B: Der Regressionskoeffizient gibt die Stärke des Effekts der jeweiligen Variable an; steigt diese Variable um eine Einheit, steigt die abhängige Variable um B; ein negatives Vorzeichen verweist auf einen negativen Zusammenhang.

Beta ist das standardisierte B und ermöglicht einen direkten Vergleich der Effektstärken der einzelnen Variablen.

R² ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1.

Tabelle 4: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit (mittleres Drittel)

	B	Beta	p
Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,049	-0,062	0,156
In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,255	-0,250	0,000
Im Österr. Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,174	0,212	0,000
Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,063	0,067	0,073
Der Staat bevormundet uns immer mehr. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,081	-0,081	0,059
finanzielle Lage seit Beginn der Pandemie verschlechtert (1=verbessert, 2=nicht verändert, 3=verschlechtert)	0,143	0,094	0,040
Teuerung: aktuell Einschränkungen im Alltag (1=stark, 2=etwas, 3=keine)	0,032	0,020	0,678
Teuerung: Einschränkungen in den kommenden Monaten (1=stark, 2=etwas, 3=keine)	-0,144	-0,103	0,006
Geschlecht (1=Frau)	0,112	0,069	0,044
Alter (aufsteigend)	0,047	0,063	0,071
formale Bildung (aufsteigend)	0,031	0,050	0,162
Stadt/Land (1=Land)	-0,033	-0,022	0,528
Konstante	2,410		0,000
R ² =0,41			

Abhängige Variable: Funktioniert das politische System in Wien derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut? (1=sehr gut, 4=gar nicht gut)

Signifikanz: Ein Effekt ist signifikant, wenn $p < 0,05$.

B: Der Regressionskoeffizient gibt die Stärke des Effekts der jeweiligen Variable an; steigt diese Variable um eine Einheit, steigt die abhängige Variable um B; ein negatives Vorzeichen verweist auf einen negativen Zusammenhang.

Beta ist das standardisierte B und ermöglicht einen direkten Vergleich der Effektstärken der einzelnen Variablen.

R² ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1.

Tabelle 5: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit (oberes Drittel)

	B	Beta	p
Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,048	-0,061	0,174
In der Politik machen sich die gut Situierten untereinander aus, was im Land passieren soll. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,037	-0,040	0,326
Im Österr. Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,364	0,388	0,000
Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	0,017	0,019	0,623
Der Staat bevormundet uns immer mehr. (1=stimme sehr zu, 4=stimme gar nicht zu)	-0,231	-0,285	0,000
finanzielle Lage seit Beginn der Pandemie verschlechtert (1=verbessert, 2=nicht verändert, 3=verschlechtert)	0,263	0,173	0,000
Teuerung: aktuell Einschränkungen im Alltag (1=stark, 2=etwas, 3=keine)	0,045	0,033	0,543
Teuerung: Einschränkungen in den kommenden Monaten (1=stark, 2=etwas, 3=keine)	0,026	0,018	0,731
Geschlecht (1=Frau)	0,117	0,070	0,052
Alter (aufsteigend)	0,000	0,000	0,990
formale Bildung (aufsteigend)	0,001	0,001	0,973
Stadt/Land (1=Land)	0,008	0,006	0,879
Konstante	2,230		0,000
R ² =0,41			

Abhängige Variable: Funktioniert das politische System in Wien derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut? (1=sehr gut, 4=gar nicht gut)

Signifikanz: Ein Effekt ist signifikant, wenn $p < 0,05$.

B: Der Regressionskoeffizient gibt die Stärke des Effekts der jeweiligen Variable an; steigt diese Variable um eine Einheit, steigt die abhängige Variable um B; ein negatives Vorzeichen verweist auf einen negativen Zusammenhang.

Beta ist das standardisierte B und ermöglicht einen direkten Vergleich der Effektstärken der einzelnen Variablen.

R² ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1.